



Nachgefragt

Wie wirkt Chinas Innovationspolitik?

Schwerpunkt Bundestagswahl

10 Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik

Standpunkt

Versorgungssicherheit im Strommarkt gewährleisten

Die befragten Finanzexperten/-innen reagieren sehr unterschiedlich auf die neue EZB-Strategie.

Foto: ©EKH-Pictures/stock.adobe.com

Inflationswirkung des Strategiewechsels der EZB unter Finanzexperten umstritten

Am 8. Juli 2021 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre neue geldpolitische Strategie veröffentlicht. Die drei zentralen Elemente dabei sind ein symmetrisches Inflationsziel, das Einbeziehen selbst genutzten Wohneigentums bei der Inflationsmessung und die Berücksichtigung des Klimaschutzes in der Geldpolitik. Das ZEW Mannheim befragte 147 Finanzmarktexperten/-innen zur neuen Strategie der EZB im Rahmen der Sonderfrage des ZEW-Finanzmarkttests August 2021.

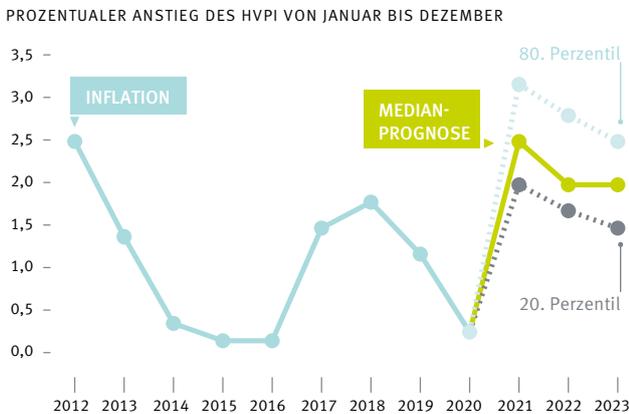
Die Finanzexperten/-innen reagieren sehr unterschiedlich auf die neue Strategie der EZB: Rund die Hälfte der Befragten gibt an, der Strategiewechsel habe sie dazu bewogen, ihre mittelfristigen Inflationsprognosen für die Jahre 2021 bis 2023 nach oben zu korrigieren. Etwa 46 Prozent dagegen sagen, dass die neue Strategie der EZB ihre Prognose nicht beeinflusse. Fünf

Prozent rechnen hingegen mit einer Korrektur ihrer Inflationsprognose nach unten.

Klarer bewerten die Finanzexperten/-innen den Klimaschutz-Auftrag, den sich die EZB mit der neuen Strategie gibt. Zwei Drittel der Befragten bezweifeln, dass die EZB mit reduzierten CO₂-Emissionen zur EU-Klimapolitik beitragen kann – entgegen dem formulierten Ziel in der neuen Strategie. Vielmehr erschwere die Berücksichtigung von Klimaaspekten, das neue symmetrische Inflationsziel zu erreichen und EZB-Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit zu erklären.

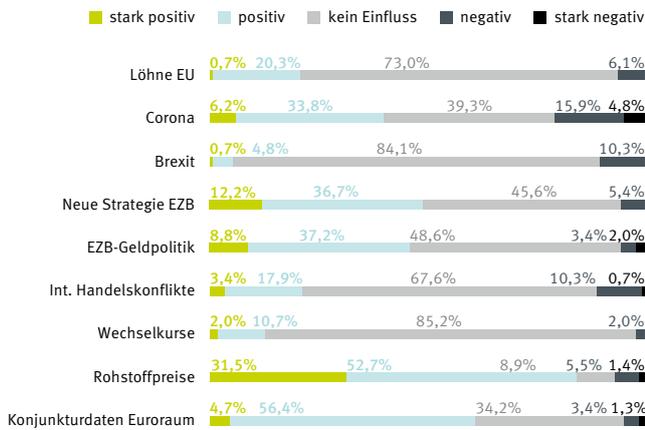
Unter den Finanzexperten/-innen besteht noch große Unklarheit darüber, wie sich der Wechsel zu einem symmetrischen Inflationsziel mittelfristig auf die Inflation und die Leitzinsen auswirken wird. Die symmetrische Definition des Inflationsziels bedeutet, dass die EZB Abweichungen der Inflationsrate vom Zielwert

PROGNOSE DER INFLATIONSRATE IN DER EUROZONE INNERHALB DER JAHRE 2021 BIS 2023



Quelle: ZEW

ENTWICKLUNGEN, DIE ZUR REVISION DER INFLATIONS-PROGNOSEN (GGÜ. MAI 2021) IM EURORAUM BEITRUGEN



Quelle: ZEW

zwei Prozent sowohl wie bisher nach oben als auch nach unten, gleichermaßen ungünstig bewertet.

Inflation könnte mittelfristig steigen, Leitzins nur geringfügig

Auf die Frage, wie sich der Wechsel zum symmetrischen Inflationsziel auf ihre Inflationsprognosen ausgewirkt hat, antworten nur rund 55 Prozent der Befragten. Diese Experten/-innen beziffern den Einfluss der neuen EZB-Strategie auf die Inflationsrate im Euroraum für die Jahre 2021 – 2023 im Durchschnitt mit jeweils knapp plus 0,4 Prozentpunkten.

Wie die neue Strategie den Leitzins beeinflusst, quantifizieren rund 48 Prozent der Finanzexperten/-innen. Nach ihrer Schätzung steigt der EZB-Hauptrefinanzierungssatz auf Sicht von sechs und 24 Monaten durchschnittlich um jeweils 0,1 Pro-

zentpunkte. Dem Leitzins prognostizieren die Finanzexperten/-innen durch die neue EZB-Strategie somit einen deutlich geringeren Anstieg als der Inflationsrate. In Summe erwarten die Befragten vom Wechsel zu einem symmetrischen Inflationsziel von zwei Prozent somit einen geringen, negativen Effekt auf die Realzinsen im Eurogebiet.

Einbezug von Wohneigentum erhöht gemessene Verbraucherpreise voraussichtlich leicht

Eine deutliche Mehrheit der Finanzexperten/-innen sieht die Berücksichtigung selbst genutzten Wohneigentums bei der Verbraucherpreismessung als einen moderaten, zukünftigen Inflationstreiber. So gehen rund 70 Prozent der Befragten davon aus, dass die Veränderung der Zusammensetzung des Harmonisierten Verbraucherpreisindexes (HVPI) die gemessene Inflation leicht erhöhen wird. Weitere elf Prozent der Experten/-innen erwarten sogar, dass das Maß für Verbraucherpreise deutlich zunehmen wird. Während rund 14 Prozent der Befragten damit rechnen, dass die Veränderung keinen Einfluss auf den HVPI entfaltet, prognostizieren sechs Prozent ein leichtes bzw. deutliches Absinken.

Berücksichtigung von Klimaschutz könnte Inflationsziel gefährden

Die EZB will bei ihrer Geldpolitik zudem in Zukunft Klimaschutzaspekte stärker berücksichtigen. Etwa 51 Prozent der Befragten rechnen damit, dass sich dadurch das Inflationsziel von zwei Prozent schwerer erreichen lassen dürfte. 43 Prozent gehen hier hingegen von keiner nennenswerten Änderung aus.

Das Verbinden von Geldpolitik mit Klimaschutz sorgt zwar für ein besseres Risikomanagement und wird damit der aktuellen Marktsituation gerecht. Doch könnte es der EZB durch das Vermischen verschiedener Politikziele schwerer fallen, ihre Entscheidungen zu erklären. Dass die Kommunikation der EZB durch Klimaerwägungen künftig an Transparenz verlieren könnte, erwarten 44 Prozent der befragten Finanzexperten/-innen. Die knappe Mehrheit von rund 47 Prozent traut der EZB allerdings zu, diese Aufgabe gut zu bewältigen. Weitere 9,1 Prozent der Befragten rechnen sogar mit einer erhöhten Transparenz in der Kommunikation, wenn die EZB Klimaschutz offiziell berücksichtigt.

Ob die EZB tatsächlich zum EU-Klimaschutz beitragen kann, zieht die Mehrheit der Befragten allerdings in Zweifel. Zwei Drittel der Experten/-innen trauen der EZB nicht zu, den EU-Klimaschutz zu beeinflussen. 29 Prozent von ihnen schätzen hingegen, dass es der EZB gelingt, die EU bei ihrer Klimapolitik zu unterstützen. Insgesamt zeigen die stark auseinandergelagerten Antworten bei der Befragung, dass die Unsicherheit im Markt hinsichtlich der Effekte der Strategieänderung der EZB derzeit noch groß ist.

Download des ZEW-Finanzmarkttests September 2021: www.zew.de/PU82746

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de
Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de

Ökonomische Informationsdefizite und Desinformation in Zeiten von „Fake News“

Ein Blick auf das ökonomische Faktenwissen erbringt ein für Deutschland eher ernüchterndes Bild: Die Deutschen sind im weltweiten Vergleich zwar überdurchschnittlich gut informiert, im Vergleich zu anderen Industriestaaten liegen sie aber nur im Mittelfeld. Interessant dabei: Fehleinschätzungen gehen zumeist in die pessimistische Richtung. Oftmals werden etwa die Wirtschaftsleistung, die Höhe der Arbeitslosigkeit oder auch die Ungleichheit des eigenen Landes zu düster eingeschätzt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Forschungsprojekt, das das ZEW Mannheim mit Unterstützung der Brigitte Strube Stiftung bearbeitet hat.

Wie steht es um das Wirtschaftswissen der Menschen in Deutschland und wie lassen sich festgestellte Wissensdefizite verkleinern? Mit diesen in einem Bundestagswahljahr besonders relevanten Fragen haben sich die Wissenschaftler/innen des ZEW auseinandergesetzt. Dabei haben sie in ihrer Analyse auch den Zusammenhang zwischen ökonomischem Wissen und der Fähigkeit eines Landes zu Reformen ausgeleuchtet.

Es zeigt sich, dass sich Länder mit wirtschaftlich gut informierten Wählern/-innen eher durch höhere ökonomische Freiheit auszeichnen, also ein funktionierendes Rechtssystem haben, einen hohen Öffnungsgrad der Märkte oder eine effiziente staatliche Regulierung. Auch beurteilen sie wirtschaftspolitische Themen ausgewogener, wenn genauere Informationen vorliegen. So steigt etwa die Offenheit für Studiengebühren, wenn Informationen zum Einkommensvorsprung von Akademikern zur Verfügung gestellt werden. Außerdem geht ein besserer Informationsstand mit einem größeren Bewusstsein für die negativen Folgen von Steuern für Wachstum und Leistungsanreize einher.

Unter den möglichen Ursachen für fehlendes ökonomisches Wissen betrachtet die Studie genauer die Rolle des allgemeinen Bildungsniveaus und die Nutzung sozialer Medien. Internationale Ländervergleiche belegen, dass ein geringes Bildungsniveau und eine starke Nutzung sozialer Medien mit schlechterem Faktenwissen einhergehen.

Die ZEW-Studie belässt es allerdings nicht bei der Analyse des ökonomischen Wissensstands der Bevölkerung, sondern entwickelt einen Katalog neuer Ideen zur ökonomischen Bil-

dung. In Deutschland wird das große Angebot an ökonomischer Kompetenz der vielen Forschungseinrichtungen, so die Studie, nicht ausreichend für den Wissenstransfer genutzt. Junge Forschende haben kaum Anreize, sich als Gesprächspartner in Schulen oder für interessierte Laien zur Verfügung zu stellen. Hier könnten „Credit points for transfer“ helfen, bei denen junge Nachwuchswissenschaftler/innen in ihren Promotionsverfahren Leistungspunkte für die Beteiligung an Transferaktivitäten erhalten. Außerdem empfehlen die ZEW-Forscher „Wahlprogramm-Referees“ und „Folgen-Checks“. Die „Wahlprogramm-Referees“ sollten die Wahlprogramme der Parteien unabhängig prüfen und zum Beispiel auf ihre finanziellen Folgen hin durchrechnen.

„Fakten-Checks“ um „Folgen-Checks“ erweitern

Um „Folgen-Checks“ sollten die bereits vielfach in den Medien praktizierten „Fakten-Checks“ erweitert werden. Der Unterschied zwischen beiden Überprüfungen besteht darin, dass der Folgen-Check eben auch die indirekten Rückwirkungen einer politischen Maßnahme beleuchtet, die häufig nicht so einfach erkennbar sind. Am Beispiel einer Mietpreisbremse würde der Folgen-Check auf Basis verfügbarer wissenschaftlicher Studien zeigen, welche Folgen ein solcher Markteingriff für Investitionen in Wohnraum und die Verfügbarkeit von Wohnungen haben kann. Erst mit diesem Wissen wird eine wirklich informierte Entscheidung über einen solchen Regulierungseingriff möglich. „Internet-Führerscheine“ könnten zudem im Sekundarbereich der Schulen neue Anreize für den Erwerb einer höheren Kompetenz im Umgang mit digitalen Informationsquellen geben.

Die Wirtschaftspolitik eines Landes kann nur so gut sein wie die Wirtschaftskompetenz der Wähler/innen, begründen die Wissenschaftler/innen die Forderung der Studie nach umfassenden Anstrengungen im Kampf gegen ökonomische Informationsdefizite und Desinformation in Zeiten von „Fake News.“

Download der Studie: www.zew.de/PU82708

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de
 Dr. Sebastian Blesse, sebastian.blesse@zew.de
 Dr. Tommy Krieger, Tommy.Krieger@zew.de

INHALT

Inflationswirkung des Strategiewechsels der EZB unter Finanzexperten umstritten 1

Ökonomische Informationsdefizite und Desinformation in Zeiten von „Fake News“ 3

Nachgefragt: Wie wirkt Chinas Innovationspolitik auf deutsche Unternehmen? 4

Schwerpunkt Bundestagswahl:
 10 Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik 5

ZEW intern 10

Daten und Fakten, Termine 11

Standpunkt 12

Nachgefragt: Wie wirkt Chinas Innovationspolitik auf deutsche Unternehmen?

Importwettbewerb aus China kann Anreiz oder Bremse für deutsche Unternehmen sein

Das Coronavirus bremst die Weltwirtschaft weiter aus – Chinas Wirtschaft boomt jedoch wie vor der Krise. Die Volksrepublik investiert massiv in Forschung und Innovation (F&I), um sich als wirtschaftlicher und technologischer Spitzenreiter zu etablieren. Wie wirkt sich diese Innovationspolitik auf den wichtigen Handelspartner Deutschland aus? Das untersucht Dr. Philipp Böing, Senior Researcher im ZEW-Forschungsbereich „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“, im Rahmen eines internationalen Verbundprojektes mehrerer Universitäten für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Was untersucht das Forschungsprojekt?

Wir wollen herausfinden, wie effizient die chinesische F&I-Politik im Hinblick auf die Förderung von Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit ist. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Frage, ob Chinas missionsorientierte Innovationsanreize, im Vergleich zu marktorientierten Innovationen, stärkere Produktivitätseffekte generieren.

Mit Blick auf Deutschland untersuchen wir, inwieweit sich heimische Unternehmen an den steigenden chinesischen Importwettbewerb anpassen. China ist seit 2014 führend bei deutschen Importen. Für Wirtschaft und Politik ist es also wichtig zu verstehen, ob der Produktmarkt Wettbewerb mit Unternehmen aus China sowie das zunehmende chinesische Angebot technologisch hochwertiger Vorleistungen im Faktormarkt, die heimischen Innovationsaktivitäten anreizen oder ausbremsen kann.

Wieso wird gerade die F&I-Politik erforscht?

In vielen Ländern adressiert F&I-Politik nicht bloß unzureichende Innovationsanreize, sondern formuliert zunehmend dringende Zukunftsfragen wie Digitalisierung, Klimawandel oder demografische Entwicklung.

Im Unterschied zum europäischen Ansatz definiert die chinesische F&I-Politik allerdings nicht nur das „Was“, sondern auch das „Wie“. Dadurch verfolgt sie einen vergleichsweise dirigistischen Ansatz. In der öffentlichen Wahrnehmung wurden die chinesische Industriepolitik und das zeitgleich stattfindende Wirtschaftswachstum häufig kausal interpretiert. Es gibt jedoch deutliche Anzeichen, dass vielmehr der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, zum Beispiel durch die Privatisierung von Staatsbetrieben und den Wegfall von Wirtschaftsplanung, die relevanten Wachstumsimpulse geliefert hat. Wir versuchen also zu verstehen, ob Chinas omnipotente F&I-Politik aus ökonomischer Sicht überhaupt einen positiven Beitrag liefert oder ob sie nicht vielmehr zur Fehlallokation von Ressourcen beiträgt.

Sowohl die USA als auch die EU kritisieren Chinas Subventionen darüber hinaus als wettbewerbsverzerrend. Allerdings bedarf es zusätzlicher Evidenz, um die tatsächlichen Auswirkungen zu beurteilen.

Wächst durch F&I-Subventionen die Produktivität?

Unsere bisherige Untersuchung für die Jahre 2001 bis 2011 zeigt ein anderes Bild. Zwar steigern die geförderten Unternehmen ihre Gesamtausgaben für F&I, aber wir können keine Änderung des Produktivitätswachstums im Vergleich zu nicht geförderten Unternehmen erkennen.

Außerdem gibt es deutliche Schwächen bei der Implementierung der Politik – unsere Forschungsergebnisse zeigen: Nahezu 50 Prozent der geförderten Unternehmen verwenden die Subventionen für nicht vorgesehene Zwecke. Aber selbst bei den Unternehmen, die sich an die Förderbestimmungen halten, finden wir keinerlei Einfluss von F&I-Subventionen auf die Unternehmensproduktivität.

Bremst der chinesische Importwettbewerb die Innovationen von Unternehmen hierzulande aus?

Theoretisch kann der chinesische Importwettbewerb sowohl Anreiz als auch Bremse für deutsche Innovationsaktivitäten sein. Eine umfassende empirische Untersuchung dieser Frage liegt für Deutschland bislang nicht vor, daher sind wir bereits sehr auf unsere Ergebnisse gespannt.

Für die USA zeigen bisherige Studien ein negatives Bild, bei anderen Industrienationen gibt es hier differenzierte Erkenntnisse. Da deutsche Unternehmen nicht nur von chinesischen Importen betroffen sind, sondern auch selbst von Exporten nach China profitieren, erwarten wir schlussendlich ein vielschichtiges Bild.



Dr. Philipp Böing

ist Senior Researcher im ZEW-Forschungsbereich „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Politikevaluation, patentbasierte Indikatoren, Produktivität sowie Importwettbewerb. Seine Forschungsagenda ist durch die Kombination von Mikrodaten, ökonomischer Analyse und methodischen Beiträgen geprägt. Seit nahezu 20 Jahren besucht er regelmäßig China und Ostasien zu Forschungsaufenthalten. Zuletzt arbeitete er von 2017 bis 2019 als Assistant Professor an der Peking University. Er interessiert sich insbesondere für Chinas innovationsorientierte Wirtschaftsentwicklung und die Auswirkungen auf Europa. Basierend auf seiner Forschung hat er Politikberatung geleistet, unter anderem für die Weltbank und die deutsche Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI).

philipp.boeing@zew.de



Schwerpunkt BUNDESTAGSWAHL

10 Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik

Deutschland steht vor wesentlichen Weichenstellungen. Das im Herbst neu zu wählende Parlament und die neue Bundesregierung werden, gemeinsam mit den europäischen Partnern, mit der Bewältigung der COVID-19-Krise, der Energiewende, dem demografischen Wandel sowie der fortschreitenden digitalen Transformation gewaltige Aufgaben lösen müssen. Aus diesem Anlass hat das ZEW basierend auf seiner Expertise konkrete Handlungsempfehlungen formuliert.

1 Verwendung des europäischen Wiederaufbau-fonds unabhängiger kontrollieren

Mit 750 Milliarden Euro unterstützt die EU Europas Staaten und deren Wirtschaft, damit sie sich von den Pandemie-Folgen erholen und mit diesem Geld fit für die Zukunft gemacht werden. Vor allem die Digitalisierung, die Klimapolitik sowie die Stärkung der sozialen und ökonomischen Widerstandskräfte stehen dabei im Fokus. Mächtigstes Ausgabeninstrument im Finanzpaket Next Generation EU (NGEU) ist die Aufbau- und Resilienzfazilität mit einem Volumen von 672,5 Milliarden Euro. Davon stehen Deutschland Mittel in Höhe von rund 25 Milliarden Euro zu.

NGEU wird durch die Ausgabe von EU-Anleihen schuldenfinanziert. Für diese Schulden haftet zunächst der EU-Haushalt, letztlich aber die Mitgliedstaaten. Diese haben sich zur Zahlung von Zusatzbeiträgen an das EU-Budget verpflichtet, damit die EU die NGEU-Schulden tilgen kann. Dabei haften die Mitgliedstaaten gemeinsam. Kommt ein Land seinen Verpflichtungen nicht nach, steigen die Nachschusspflichten der anderen. Diese Garantien gehen sogar über das NGEU-Finanzvolumen hinaus, was der EU die Möglichkeit eröffnen könnte, sich in den kommenden Jahren noch stärker zu verschulden. Diese gemeinschaftliche Verschuldung erfolgt jedoch, ohne dass die zweckgebundene Verwendung der Gelder effizient und unabhängig kontrolliert wird.

Deutschland ist, wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten auch, in diesem Aufbau-Modell Bürge und sollte die damit verbundenen Risiken für den Bundeshaushalt eingrenzen. Dazu ist es wesentlich, dass die Gelder zweckdienlich verwendet und die

entsprechenden Ausgaben kontrolliert werden. Zwar ist die Vergabe der Gelder an Investitionspläne gekoppelt. Jedoch wird die Einhaltung dieser Bedingungen von der EU-Kommission selbst und nicht von einer unabhängigen Institution überprüft.

Der Kommission mit ihrem institutionellen Eigeninteresse an einer Verstetigung des erhöhten europäischen Budgets fehlt es hier möglicherweise an der erforderlichen Neutralität. Ohne unabhängige Evaluierung besteht die Gefahr, dass Mitnahmeeffekte, Zielverfehlungen und Fehlverwendungen der Mittel nicht aufgedeckt werden und dass das auf Gemeinschaftshaftung und Transfers beruhende Instrument womöglich auf Dauer festgeschrieben werden könnte, ohne dass dessen Mehrwert belegt ist.

Im Europäischen Rat sollte sich die deutsche Regierung deshalb dafür einsetzen, dass die Wiederaufbaupläne unabhängig evaluiert werden. Die Evaluationsteams sollten international – unter Einschluss nichteuropäischer Wissenschaftler/innen – besetzt werden und die Güte ihrer Arbeit durch wissenschaftlichen Austausch abgesichert werden. Für die Unabhängigkeit der Überprüfungen ist es zudem hilfreich, wenn auch die Vergabeentscheidung über die Evaluationsaufträge weitgehend unabhängig erfolgt. Der Europäische Rechnungshof ist für eine verlässliche Prozesssteuerung die geeignete Institution.

2 Standort Deutschland durch investitions-freundlichere Steuerpolitik stärken

Weltweit fürchten Regierungen, dass sich viele der profitabelsten Konzerne einer Besteuerung in Ländern mit höherem Steuersatz durch Verschieben von Gewinnen entziehen. Auch in Deutschland besteht seit Jahren die Sorge, dass digitale Geschäftsmodelle nicht wettbewerbsgerecht besteuert werden.

Um mehr Fairness in der Besteuerung zu erzielen, hat die OECD Reformen bei der weltweiten Unternehmensbesteuerung vorgeschlagen. Die Vorschläge sehen vor, dass die Konzerne Teile ihrer Umsätze dort versteuern, wo sie sie erlösen. Auch haben sich die G20-Staaten auf einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent sowie ein weitreichendes Abzugsverbot für grenzüberschreitende Transaktionen geeinigt, damit Unternehmen

Gewinne nicht weiterhin in Steueroasen verlagern. Der Mannheim Tax Index des ZEW Mannheim, der die steuerliche Belastung eines durchschnittlichen Unternehmens im verarbeitenden Gewerbe angibt, belegt aber, dass die Steuerbelastung in vielen Ländern das Niveau der globalen Mindeststeuer bereits heute überschreitet. Er zeigt außerdem, dass Deutschland fiskalisch als Unternehmensstandort unattraktiv ist.

Deutschland muss aber für Unternehmen als Standort attraktiv bleiben. Grundsätzlich kann eine international abgestimmte Steuerpolitik dabei helfen, jedoch werden die vorgeschlagenen Maßnahmen nur eingeschränkt wirken. Die Reformen sind äußerst komplex und werden kaum zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Die Sicherung dieser Einnahmen ist aber wichtig, um die – nichtsteuerlichen – investitionsfreundlichen Standortfaktoren Deutschlands zu finanzieren.

Dabei gibt es bereits eine sehr viel einfachere und effektive Möglichkeit, um mehr Steuern einzunehmen und einen fairen Wettbewerb zu sichern: die Mehrwertsteuer. Die Prinzipien der Mehrwertsteuererhebung sind international gut koordiniert, und mit ihrem Fokus auf den Verbrauch setzt sie da an, wo die Unternehmen ihre Umsätze generieren. Statt tiefgreifender Reformen sollten die Lücken in der Erhebung der Mehrwertsteuer geschlossen und die Mehrwertsteuer auch auf digitale Dienstleistungen durchgesetzt werden. Plattformbetreiber für digitale Dienstleistungen sollten umsatzsteuerlich stärker in die Verantwortung genommen werden. Zudem sollte hinterfragt werden, ob die Mehrwertsteuerbefreiung für kleine Anbieter in der Sharing Economy, die hochgradig digitalisierte Interaktionen mit systematischen und vollständigen Kenntnissen über Transaktionsdaten ausführen, angemessen ist, um ihnen keine Wettbewerbsvorteile gegenüber großen Anbietern zu gewähren.

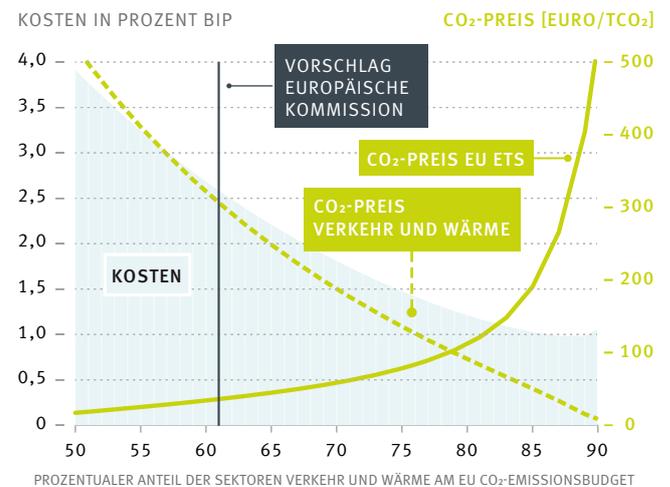
3 Kostengerechte Aufteilung der CO₂-Reduktionen zwischen den Sektoren

Deutschland und die anderen EU-Länder haben sich ehrgeizige Klimaziele für 2030 gesetzt. Die Gesamtemissionen in Deutschland sollen im Vergleich zu 1990 um 65 Prozent sinken. Davon wurde bereits etwas mehr als die Hälfte erreicht – allerdings innerhalb von drei Jahrzehnten. In den kommenden zehn Jahren muss nun die zweite Hälfte gestemmt werden. Dies bedarf enormer politischer und ökonomischer Anstrengungen.

Die EU legt fest, welche Sektoren wie viel an Emissionen einsparen müssen. Das eigens geschaffene Instrument des europäischen Emissionshandels (EU ETS) spielt dabei eine besondere Rolle. In wichtigen Sektoren wie Energieerzeugung und Industrie sollen über diesen Hebel Emissionen gesenkt werden. Der restliche Teil der Einsparungen entfällt auf die übrigen Sektoren, insbesondere auf Verkehr und Wärme. Die EU-Kommission schlägt eine Reform der europäischen CO₂-Märkte vor: Das bestehende EU ETS soll durch ein zweites Emissionshandelssystem ergänzt werden, welches genau diese beiden Sektoren Verkehr und Wärme abdeckt. Nach den aktuellen Vorschlägen der EU-Kommission sollen auf sie 61 Prozent des europäischen Emissionsbudgets entfallen dürfen, welches verfügbar ist, um

das EU-Klimaschutzziel für 2030 zu erreichen. Bei einer solchen Aufteilung des EU-Emissionsbudgets würden die CO₂-Preise für Verkehr und Wärme pro Tonne CO₂ auf mehr als 300 Euro steigen. Der CO₂-Preis im EU ETS liegt dagegen derzeit lediglich bei 40 bis 50 Euro pro Tonne CO₂. Damit wären die Einsparungen in den Sektoren Wärme und Verkehr viel kostspieliger als die in Energieerzeugung und Industrie.

KOSTEN DER KLIMAPOLITIK FÜR DEUTSCHLAND UND CO₂-PREISE FÜR VERSCHIEDENE AUFTEILUNGEN DES EU-BUDGETS



Quelle: Eigene Berechnungen des ZEW basierend auf einem makroökonomischen Modell für die europäische Volkswirtschaft.

Würde hingegen die Vermeidung stärker in den Sektoren im EU ETS stattfinden, ließen sich die jährlichen deutschen Kosten zur Erreichung der Klimaziele erheblich senken. Entfielen beispielsweise 75 Prozent des Emissionsbudgets auf die Sektoren Wärme und Verkehr, würden die Kosten von etwa 2,6 Prozent des BIP auf 1,5 Prozent des deutschen BIP sinken. Für die Sektoren Verkehr und Wärme würde der CO₂-Preis dann etwa 100 bis 150 Euro je Tonne CO₂ betragen, während der CO₂-Preis im EU ETS auf 70 bis 90 Euro pro Tonne CO₂ steigen würde.

Die Kosten zur Erreichung der Europäischen Klimaziele für 2030 hängen davon ab, wie die Einsparungen über die verschiedenen Sektoren bzw. auf die beiden dann parallel existierenden Emissionshandelssysteme aufgeteilt werden. Diese Kosten würden geringer ausfallen, wenn die Sektoren Verkehr und Wärme bzw. der zweite, neue Emissionshandel weniger an Emissionen einsparen müssten, als die EU derzeit plant, und wenn umgekehrt der bestehende europäische Emissionshandel ein deutlich stärkeres Gewicht bei der CO₂-Einsparung erhielte. Perspektivisch sollte ein einheitlicher europäischer Emissionsmarkt über alle Sektoren geschaffen werden.

4 Lokale Preisanreize im Strommarkt setzen

Im Strommarkt bildet Deutschland, gemeinsam mit Luxemburg, eine „Preiszone“. Der Großhandels-Strompreis ist im Norden wie im Süden Deutschlands der gleiche.



Doch auch wenn der Strom am anderen Ende Deutschlands gekauft wird, kommt er oft aus der Nähe. Deutschlands Stromnetz kann nämlich häufig den Strom nicht transportieren, da es ausgelastet ist. Das Kraftwerk um die Ecke muss dann einspringen und bekommt dafür Geld („Redispatchaufwendungen“). Mit zunehmenden Anteilen volatiler erneuerbarer Energien werden die Redispatchmaßnahmen und -kosten voraussichtlich steigen.

Um diese Aufwendungen zu senken, bietet sich ein verstärkter Netzausbau an. Parallel dazu sind aber auch lokal differenzierte Preissetzungen sinnvoll. Eine Möglichkeit ist ein Zwei-Preiszonenmodell: Norddeutschland und Süddeutschland hätten dann eigene Strommärkte. Eine andere Option sind regionale Netzgebühren, bei denen ein Kraftwerk weniger für den Anschluss ans Stromnetz zahlt, wenn es dazu beiträgt, die Engpässe abzumildern.

Dem Problem des unzureichenden Netzausbaus noch besser angepasst sind sogenannte Knotenpreise: Bei einem solchen System kann es an den Stromnetzknuten regional unterschiedliche Preise geben. Die Preise sind dort niedriger, wo reichlich Strom vorhanden ist, und dort höher, wo wenig Strom vorhanden ist, aber eine hohe Stromnachfrage herrscht. Knotenpreise sorgen dafür, dass Stromanbieter und -nachfrager in ihren Entscheidungen die Engpässe des Stromnetzes berücksichtigen.

5 Digitalisierung als Motor für mehr Energieeffizienz

Die Nutzung digitaler Technologien wie Künstliche Intelligenz, Big Data und Robotik benötigt viel Energie, zum Beispiel für das Betreiben von Rechenzentren. Gleichzeitig bieten diese Technologien großes Potenzial, Energie einzusparen, und sind somit Motor für mehr Energieeffizienz. So kann die Digitalisierung etwa durch neue Geschäftsmodelle, Produkte oder verbesserte interne Prozesse den Energieverbrauch senken. Allerdings nutzen hiesige Unternehmen diese Möglichkeiten bislang nur selten.

Unternehmen in der Informationswirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe geben an, dass das Thema Energieeinsparung bei den Gründen für angestoßene Digitalisierungsprojekte kaum eine Rolle spielt. Treiber für Digitalisierungsmaßnahmen sind vielmehr Kundenanforderungen, Innovationsdruck, sonstige Kosteneinsparungen sowie gesetzliche Anforderungen, während Energieeinsparung erst an letzter Stelle genannt wird.

Digitalisierung kann die Energieeffizienz erhöhen und auf diesem Weg helfen, die langfristigen Klimaziele, wie sie im European Green Deal formuliert werden, zu erreichen. Unternehmen benötigen allerdings mehr Informationen über die Chancen, digitale Technologien für mehr Energieeffizienz einzusetzen. Dann steigt auch die Bereitschaft, in solche Technologien zu investieren. Zur Bereitstellung von Informationen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen kann auf bereits bestehende Instrumente wie die Kompetenzzentren des Netzwerks Mittelstand-Digital gesetzt werden.

Sind Energiedaten besser verfügbar und können sie leichter verarbeitet werden, lassen sich zudem die Potenziale digitaler Technologien für die Steigerung der Energieeffizienz gezielter

ausschöpfen. Die Einrichtung von Datenräumen im Rahmen der Cloud-Infrastruktur Gaia-X bietet die Möglichkeit, solche Daten standardisiert zu speichern und systematisch auszuwerten.

6 Rahmenbedingungen für „Einhörner“ verbessern

Nach einem massiven Rückgang der technologie- und wissensintensiven Unternehmensgründungen hat sich deren Zahl in Deutschland seit 2012 auf niedrigem Niveau stabilisiert. Dies zeigen Analysen auf Basis des Mannheimer Unternehmenspanels des ZEW. Einzelne Unternehmen entwickelten sich zu einem „Unicorn“ („Einhorn“), d.h. zu einem Unternehmen mit einem Marktwert von mehr als einer Milliarde Dollar.

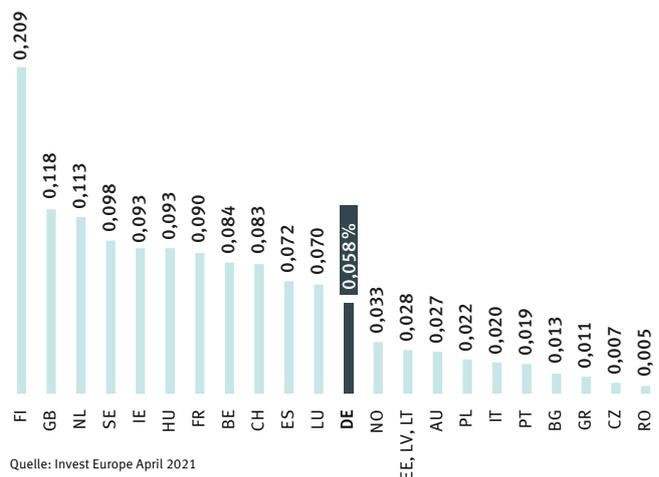
In den beiden vergangenen Jahrzehnten hat die Bundesregierung den deutschen Wagniskapitalmarkt gestärkt. Sie hat die Optionen für die Finanzierung junger Unternehmen durch externes Eigenkapital (Venturecapital-Fonds), die Hightech-Gründungsfonds (HTGF I–III) und das Invest-Programm (Business Angels) erheblich erweitert. Die Voraussetzungen für sogenannte Seed- und Start-up-Finanzierungen wurden so verbessert, und zusätzliches Privatkapital wurde mobilisiert. Die Finanzierungslücke für junge Unternehmen verkleinerte sich damit merklich.

Der jüngst von der Bundesregierung aufgelegten Zukunftsfonds in Höhe von zehn Milliarden Euro, die in den nächsten zehn Jahren zur Verfügung stehen werden, zielt auf größere Finanzierungsrunden ab. Insbesondere der Teil „Deep-Tech Future Fonds“ zielt darauf ab, kleinen Start-ups den Sprung in die entscheidende Marktdurchbruchphase zu erleichtern. Er schafft damit die Voraussetzung dafür, dass sich mehr junge Unternehmen in Deutschland zu Unicorns entwickeln können.

Eine weitere Form der Start-up-Förderung bietet die Mitarbeiterbeteiligung. Deren Bedingungen wurden zuletzt zwar verbessert. Wie die Daten des ZEW-Gründungspanels jedoch zeigen, verzichten junge Unternehmen auf Beteiligungsfinanzierung aus Angst vor einem Verlust an Kontrolle über das Unternehmen.

BETRÄCHTLICHER RÜCKSTAND DEUTSCHLANDS BEIM VENTURE CAPITAL

VENTURE CAPITAL INVESTITIONEN (IN PROZENT BIP)



Die Einführung des Zukunftsfonds muss abgeschlossen werden und der angekündigte Dachfonds (Wachstumsfonds Deutschland) sollte schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Finanzierungsbedingungen für stark wachsende Unternehmen sollten in der nächsten Legislaturperiode weiter verbessert werden, denn nach wie vor fehlt ein Börsensegment für junge Technologie-Unternehmen in Deutschland. Erst die Erleichterung des Börsengangs komplettiert das Finanzierungsökosystem für junge Unternehmen und hat Rückwirkungen auf die Mobilisierung von Finanzmitteln für alle vorgelagerten Stufen der Finanzierungspyramide junger Technologieunternehmen.

Zudem sollte die positive Wirkung der verbesserten Mitarbeiterbeteiligung weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig sollte den Bedenken der Gründer/innen gegenüber einem Kontrollverlust beim Einsatz von Beteiligungsentlohnung Rechnung getragen und Mehrstimmrechte geschaffen werden.

7 Berufswechsel in Wachstumsfelder fördern

Wer wenig verdient, hat nach der Pandemie oftmals schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Über alle Berufe hinweg ging der Anteil der offenen Stellen bereits zum Jahresende 2019 deutlich zurück, die Folge einer einsetzenden konjunkturellen Eintrübung. Mit der Pandemie sank der Anteil der offenen Stellen weiter deutlich. Insbesondere für Personen in Niedriglohnberufen hat sich die Situation verschlechtert: Der Stellenrückgang betrug hier 40 Prozent im Juni 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat, in den übrigen Berufen wurden „nur“ 25 Prozent weniger Stellen ausgeschrieben (siehe Abbildung). Vor der Corona-Krise unterschied sich die Entwicklung der offenen Stellen dieser beiden Gruppen kaum.

Damit steigt für die Betroffenen das Risiko einer längeren Arbeitslosigkeit bis hin zur Langzeitarbeitslosigkeit. Und auch für Anfänger/innen in Niedriglohnberufen wird es schwerer, eine

Beschäftigung zu finden. Erwerbslosigkeit gerade zu Beginn der Karriere hinterlässt jedoch oftmals langfristige Spuren, unter anderem in Form eines geringeren Lebenseinkommens.

In Wachstumsfeldern, wie der Softwareprogrammierung oder etwa im Gesundheitswesen, zeichnet sich bereits seit Längerem ein Fachkräftemangel ab. Dieser wird verschärft dadurch, dass geburtenstarke Jahrgänge in Rente gehen. Beide Entwicklungen, weniger Chancen in Niedriglohnberufen und Fachkräftemangel in Wachstumsfeldern, bergen die Gefahr, dass sich Ungleichheiten für Arbeitsuchende sowie Berufsanfänger/innen weiter verfestigen. Werden beide Entwicklungen zusammen betrachtet, ergeben sich daraus mehrere Optionen für die Arbeitsmarktpolitik, die es zu nutzen gilt.

Es wird darauf ankommen, dass die zuständigen Instanzen aufmerksam beobachten, wie sich die Arbeitslosigkeit in den gefährdeten Berufen und die Dynamik der offenen Stellen in den Wachstumsfeldern entwickeln. Nur so kann es gelingen, berufliche Wechsel in die Wachstumsfelder voranzubringen. Dazu können individuell maßgeschneiderte und datengestützte Initiativen einen Beitrag leisten, die den Informationsstand von Arbeitsuchenden über das Stellenangebot verbessern, sowie Programme, die einen beschäftigungssichernden Berufs- und/oder Ortswechsel ermöglichen.

Die Wirkung dieser Maßnahme kann mit befristeten Qualifizierungsprämien für wachsende Unternehmen verstärkt werden, um die Integration dieser Berufsgruppen in wachsende Betriebe und zukunftsfähige Produktionsabläufe zu ermöglichen. Zudem ist es wichtig, die in Wachstumsfeldern nachgefragten Kompetenzen vermehrt in die Berufsausbildungen aufzunehmen und für ihre wettbewerbsfähige Zertifizierung zu sorgen.

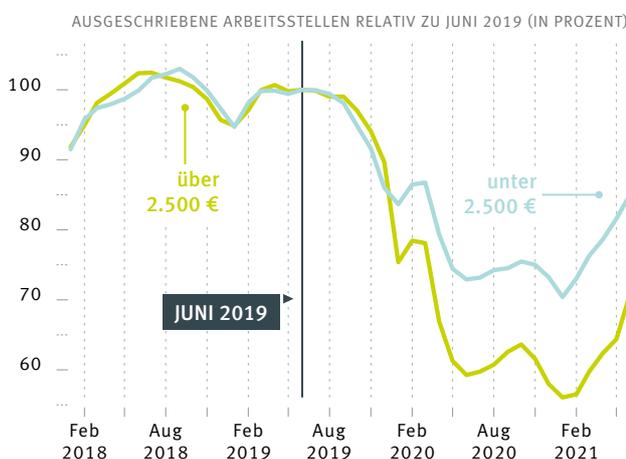
8 Leben auf dem Land und in strukturschwachen Regionen attraktiver machen

Die Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ist erklärtes Ziel deutscher Regionalpolitik. Neben den wirtschaftlichen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland, die auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch sichtbar sind, zeigt sich auch ein starkes Nord-Süd-Gefälle in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Von 2010 bis heute stagniert bei den meisten Indikatoren die Ungleichheit – bei einigen wächst sie sogar.

Die Ungleichheit zwischen den Regionen Deutschlands bemisst sich dabei nicht allein anhand harter Wirtschaftsindikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt. Auch bei der mittleren Lebenserwartung, die neben wirtschaftlichen auch gesundheitliche und gesellschaftliche Unterschiede berücksichtigt, kommen regionale Disparitäten zum Vorschein.

Verschärfend wirkt, dass verschiedene Aspekte der regionalen Lebensverhältnisse zusammenhängen. So geht eine schlechte wirtschaftliche Entwicklung oft mit einem schlechteren Angebot an öffentlichen Dienstleistungen, wie Kita-Plätzen oder Verkehrsinfrastruktur, und mit einem höheren Maß an kommunaler Verschuldung einher. Letzteres führt wiederum zu geringen finanziellen Spielräumen, und die Unterschiede in der regionalen Leistungsfähigkeit verfestigen sich.

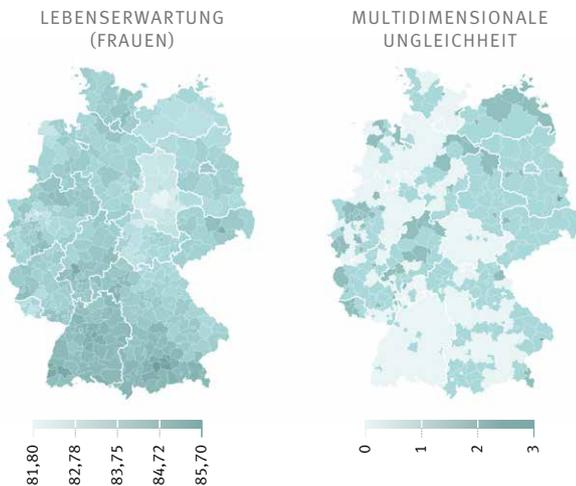
SCHLECHTERE ENTWICKLUNG DER JOBCHANCEN IM NIEDRIGLOHNSEKTOR



Die Grafik zeigt den Anteil der ausgeschriebenen Stellen im Vergleich zum Juni 2019 nach dem mittleren Brutto-monatsverdienst von Berufen in Vollzeitbeschäftigung. Dabei wird zwischen Niedriglohnberufen (weniger als 2.500 Euro pro Monat) und den übrigen Berufen (mindestens 2.500 Euro pro Monat) unterschieden. Quelle: ZEWS



LEBENSERWARTUNG VON FRAUEN BEI GEBURT (2015–2017, LINKS) UND UNGLEICHHEIT



Die Skala 0–3 betrachtet die Kreise, bei denen die Indikatoren (Nicht-Erwerbstätigen-Quote, Kitaplätze pro Erzieher/in, kommunale Verschuldung pro Kopf) in den oberen 25 Prozent liegen (rechts).
Quelle: eigene Berechnungen des ZEW auf Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit (2020) und INKAR (2020) und des Deutschen Ärzteblattes (2021).

Um Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen, sollten die Instrumente der gezielten Regionalpolitik wie etwa die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aktiv genutzt werden. Der Rückgang des Finanzvolumens der vergangenen Jahre sollte gestoppt und zum Teil zurückgedreht werden. Ein wichtiger Baustein zur Stabilisierung der regionalen Wirtschaft sind Investitionszulagen für Unternehmen. Die Investitionen sollten weniger auf große Unternehmen, sondern verstärkt auf kleine und mittelständische Firmen abzielen. Außerdem sollten die Investitionsprojekte auf ihre Zukunftsfähigkeit geprüft werden.

Um den Kommunen in strukturschwachen Regionen mehr Handlungsspielräume zu ermöglichen und eine neue Dynamik aufzubauen, sollten die Gemeinden auf Steuern zurückgreifen können, die weniger konjunkturabhängig sind als die Gewerbesteuer. Darüber hinaus sollten öffentliche Investitionen für öffentliche Dienstleistungen gestärkt werden.

9 Bessere Vergütungsstruktur für hochwertige Krankenhausversorgung

Krankenhäuser in Deutschland werden über zwei Wege finanziert: Die Bundesländer tragen die Investitionen für Krankenhäuser, die Krankenkassen kommen für die Betriebskosten auf. Die Zahlungen der Krankenkassen erfolgen über Fallpauschalen – die erwarteten Kosten der Patienten/-innen bestimmen dabei den Betrag, den das Krankenhaus erhält. Ziel ist es, dass alle Patienten/-innen möglichst effizient in spezialisierten und qualitativ hochwertigen Krankenhäusern behandelt werden. Diese Finanzierungspraxis hat indes spürbare Nachteile: Dass nur belegte Betten im Fallpauschalensystem vergütet werden, wird der Anforderung, dass Reservekapazitäten schnell aktiviert werden können, nicht gerecht. Gleichzeitig sparen die Länder an

der ohnehin geringen fallzahlunabhängigen Investitionsförderung, die nur fünf Prozent der Gesamtaufwendungen ausmacht.

Deutschland sollte die Finanzierung seiner Krankenhäuser überdenken. Ziel sollte sein, dass genügend Kapazität bereitgestellt und stetig in die Qualität der Versorgung investiert wird. Es sollte geprüft werden, ob Methoden des Marketdesigns bei der Planung bereitgestellter Intensivbetten und weiterer Krankenhauskapazitäten eingesetzt werden können. Ähnliche Methoden finden in Deutschland bereits Anwendung bei den geplanten Pandemie-Bereitschaftsverträgen zur Sicherung von Impfstoff-Produktionskapazität.

Darüber hinaus kann es zielführend sein, den Erfolg von Krankenhäusern nicht nur an der Menge der Behandlungen, sondern auch an ihrer Qualität zu messen. Eine Qualitäts-Prämie könnte etwa besonders gute Behandlungserfolge höher vergüten.

10 Standardisierte Altersvorsorgeprodukte einführen

Fast bei jedem dritten Haushalt kommt es zu einer Einkommenslücke zwischen Gehalt und Einkünften im Ruhestand. Zwar hat die private Altersvorsorge – insbesondere durch die Riester-Rente – in den vergangenen zwanzig Jahren große Fortschritte gemacht. Die Riester-Rente gerät jedoch zunehmend in die Kritik, weil fehlendes Wissen über die staatliche Förderung und schlechte Beratung zu finanziellen Verlusten führen kann.

Dabei geht es besser: International gibt es Beispiele, die dem bisherigen Umlagesystem der gesetzlichen Altersvorsorge ein Kapitaldeckungssystem zur Seite stellen, bei dem Haushalte vom Kapitalmarkt profitieren und gleichzeitig ihre Renteneinkünfte diversifizieren können. Dafür werden standardisierte Altersvorsorgeprodukte sowohl in der betrieblichen und gesetzlichen als auch in der privaten Altersvorsorge angeboten. So ist der britische National Employment Savings Trust (NEST) eine kapitalgedeckte Standardlösung in der betrieblichen Altersvorsorge und der Schwedische AP7-Pensionsfonds ein verpflichtendes, kapitalgedecktes Element bei der gesetzlichen Rente. Auch hierzu-lande können neben einer Standardoption, die sich am Lebenszyklus orientiert und nach einem hohen Aktienanteil zunehmend in festverzinsten Wertpapieren anlegt, Wahlmöglichkeiten mit höherem Aktien- oder Rentenanteil angeboten werden.

Standardisierte, kapitalgedeckte Altersvorsorgeprodukte vereinen mehrere Vorteile und erhöhen dadurch den Anreiz privater Vorsorge: Sie können dazu beitragen, das bestehende Problem hoher Kosten für die Versicherten zu überwinden, weil sie die Markttransparenz fördern und teure Produkte verdrängen. Außerdem sind sie weniger kompliziert und können so gestaltet werden, dass jeder Informationen zur Förderberechtigung bekommt. Standardprodukte könnten zudem passend für Menschen sein, die sich nicht mit den Möglichkeiten und Risiken zusätzlicher Altersvorsorgeprodukte beschäftigen können oder wollen. Schließlich kann eine unabhängige standardisierte, über die verschiedenen Rentenformen übergreifende Renteninformationstransparenz schaffen und die Rentenplanung erleichtern.

Die ZEW-Handlungsempfehlungen: www.zew.de/WS1531

Ruprecht Hammerschmidt, ruprecht.hammerschmidt@zew.de

#ZEWBookTalk mit Joel Slemrod und Michael Keen über Steuern damals und heute

Bizar, seltsam, aber faszinierend – so beschrieb Michael Keen, stellvertretender Direktor der Abteilung Finanzen beim International Monetary Fund (IMF), die Geschichten über Steuereintreibung, die er gemeinsam mit Professor Joel Slemrod, Ph.D., Professor für Betriebswirtschaftslehre und Public Policy an der University of Michigan, verfasst hat. Am 27. Juli empfing ZEW-Präsident Professor Achim Wambach, Ph.D. die beiden Autoren zum #ZEWBookTalk zu ihrem Buch „Rebellion, Rascals, and Revenue: Tax Follies and Wisdom Through The Ages“. Dabei kamen auch aktuelle Entwicklungen nicht zu kurz.



ZEW-Präsident Achim Wambach (oben) im Gespräch mit den US-Ökonomen Michael Keen (links) und Joel Slemrod (rechts).

Krieg wegen Steuern sei eher die Ausnahme, sagte Keen zu Beginn des #ZEWBookTalks. Als jedoch im 19. Jahrhundert chilenische Unternehmen wertvolles Nitrat aus der in Bolivien befindlichen Atacamawüste abbauten, reagierte Bolivien darauf mit einer stetig steigenden Exportsteuer. Das Resultat: Ein jahrelanger Konflikt, der letztlich den sogenannten Salpeterkrieg auslöste. Bolivien wurde in der Folge wieder zu einem Binnenstaat. „Steuern verändern die Landkarten der Welt“, so der stellvertretende Direktor des IMF. Das Buch der beiden amerikanischen Ökonomen ist voll mit historischen Anekdoten wie diesen.

Bei Steuern gehe es, so die Autoren sowohl historisch als auch gegenwärtig um Fairness. Regierungen hätten in der Geschichte teils bizarre Methoden entwickelt, um Gerechtigkeit durch Steuern herzustellen. So erzählte Slemrod von einer Steuer auf Fenster, die in England und Frankreich zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert erhoben wurde. Je mehr Fenster ein Haus hatte, desto höher fiel die Steuer aus. Das Kalkül dahinter: Die Anzahl der Fenster korrelierte stark mit dem finanziellen Wohlstand. Die Fenster-Abgabe führte laut Slemrod allerdings dazu, dass Räume wieder zugemauert und Fenster ausgebaut wurden. Eine weitere wichtige Eigenschaft von Steuern sei eben auch, dass sie das Verhalten der Menschen ändere.

In der anschließenden Diskussion legte ZEW-Präsident Wambach den Fokus auf die Gegenwart und auf die Auswirkungen von Steuern auf die einzelnen Haushalte. Man wisse zu wenig darüber, welche ökonomischen Folgen Steueränderungen nach sich zögen. In den USA etwa sei nach wie vor unklar, ob die Arbeiter/innen oder die Unternehmen selbst von der Senkung der Unternehmenssteuer profitierten, die Donald Trump während seiner Präsidentschaft durchgesetzt hatte.

Aber auch bei der immer wieder vorgebrachten Finanztransaktionssteuer, die manche wohlwollend als „Robin-Hood-Steuer“ bezeichnen, wisse man nicht genau, wer letztlich belastet werde. Steuern ließen sich auch einsetzen, um Wählerstimmen zu bekommen. „Politiker und Lobbyisten haben ein Interesse daran, die tatsächlichen Auswirkungen von Steuern zu verbergen“, sagte Keen. Aufgabe der Forschung sei es deshalb, zukünftig mehr über die konkreten Auswirkungen von Steuern in Erfahrung zu bringen.

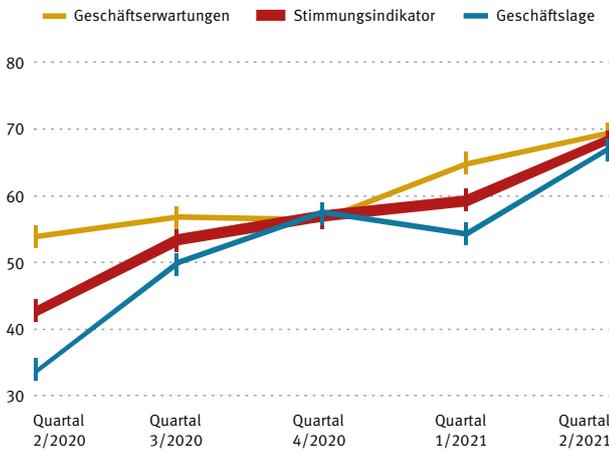
Am Ende der Diskussion betonte Keen, dass es in den vergangenen Jahren „radikale konzeptionelle Innovationen“ gegeben habe. Als Beispiel nannte der US-Ökonom die 2016 von den Republikanern vorgeschlagene „Destination-Based-Cash-Flow-Steuer“ und die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) forcierte Minimumbesteuerung. Sein Kollege Slemrod sah letztere hingegen kritisch: „Ich bin mir nicht sicher, ob so viele Staaten wirklich dazu bereit sind, ihre steuerliche Souveränität abzugeben.“ Slemrod gab seinem Kollegen allerdings insofern Recht, als es sich bei der Minimumsteuer um einen „konzeptionellen Durchbruch“ handele.

ZEW-Workshop zu den Auswirkungen von Fehlinformationen

Wie gut sind die Deutschen über wirtschaftspolitische Themen informiert? Und insbesondere beim Verständnis für Reformvorhaben in der Politik: Welche Rolle spielen wirtschaftliche Bildung und Desinformationen? Welchen Einfluss hat der Wissenstransfer? Diese und weitere Fragen zu den Auswirkungen von Fehlinformationen diskutierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am 8. Juli 2021 beim Workshop vom ZEW Mannheim in Zusammenarbeit mit der Brigitte Strube-Stiftung.

ZEW-Ökonom Dr. Sebastian Blesse, Dr. Anna Kerkhof vom ifo Institut und Dr. Willi Scholz vom YES! – Young Economic Summit gaben in kurzen Präsentationen wichtige Impulse zum Thema vor, im Anschluss folgte eine gemeinsame Panel-Diskussion mit Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“. Dr. Vera Eichenauer von der ETH Zürich moderierte die Veranstaltung.

Optimismus in der Informationswirtschaft steigt weiter

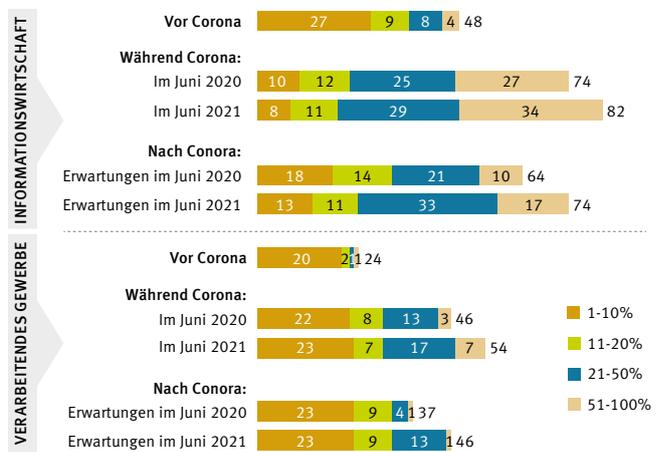


Der ZEW-Stimmungsindikator Informationswirtschaft steigt im Vergleich zum Vorquartal um 9 Punkte und erreicht im zweiten Quartal 2021 einen Wert von 68,4 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen für das dritte Quartal 2021 steigt auf einen Wert von 69,5 Punkten und der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage steigt auf 67,2 Punkte
Quelle: ZEW

Im zweiten Quartal 2021 hat sich das konjunkturelle Klima in der Informationswirtschaft weiter verbessert. Der ZEW-Stimmungsindikator steigt um 9,1 Punkte auf 68,4. Er liegt damit auf einem Niveau wie im Herbst 2019. Die Unternehmen bewerten das wirtschaftliche Klima somit ungeachtet der Pandemie überwiegend positiv. Der höhere Stimmungsindikator ist in erster Linie auf die gute Entwicklung der Geschäftslage zurückzuführen. Im Vergleich zum ersten Quartal 2021 stieg der Teilindikator zur Lage im zweiten Quartal um 13 Punkte und erreicht nun einen Stand von 67,2. Während rund 15 Prozent der Unternehmen rückläufige Umsätze melden, berichten 45 Prozent von gestiegenen. Im Saldo verbuchten rund 30 Prozent der Unternehmen höhere Umsätze. Die Nachfrage nach den eigenen Produkten und Dienstleistungen hat sich ähnlich gut entwickelt: 48 Prozent der Unternehmen stellten eine gestiegene Nachfrage fest, während knapp neun Prozent einen Nachfragerückgang verzeichneten.

Vincent Rost, vincent.rost@zew.de

Homeoffice nach Corona: Erwartete Nutzung klettert auf hohes Niveau



Im Juni 2021 erwarten 17 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft, dass mehr als die Hälfte ihrer Beschäftigten nach der Corona-Pandemie mindestens einmal wöchentlich im Homeoffice arbeiten wird.
Quelle: ZEW

Vor der Corona-Pandemie hatte etwa die Hälfte der Unternehmen in der Informationswirtschaft einem Teil der Beschäftigten ermöglicht, mindestens einmal wöchentlich im Homeoffice zu arbeiten. Im Juni 2020 planten aufgrund der bisherigen Corona-bedingten Erfahrungen bereits 64 Prozent der Unternehmen, Homeoffice auch in der Zeit nach Corona einzusetzen. Ein Jahr später ist dieser Wert nun sogar auf 74 Prozent gestiegen. Dabei ist nicht nur der Anteil der Unternehmen mit langfristigen Homeoffice-Plänen gewachsen, sondern auch der Anteil der Beschäftigten, die solche Angebote in der Zeit nach Corona voraussichtlich in Anspruch nehmen werden. So geht derzeit etwa jedes zweite Unternehmen in der Informationswirtschaft davon aus, dass langfristig mehr als 20 Prozent der Beschäftigten mindestens einmal wöchentlich im Homeoffice arbeiten werden. Im Juni 2020 rechnete dagegen nur jedes dritte Unternehmen mit einer solch intensiven Homeoffice-Nutzung nach der Pandemie.

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de



ReCapNet-Konferenz

Das ZEW-Netzwerk „Immobilienmärkte und Kapitalmärkte“ (ReCapNet) veranstaltet vom 11. und 12. November 2021 seine 13. Konferenz. Schwerpunkt der diesjährigen hybriden Veranstaltung ist das Thema „Digitalisierung und Immobilien“. Forschende können auf der Konferenz ihre Arbeitspapiere zu Immobilienfinanzierung, -investition, -ökonomie und -entwicklung sowie zu Wohnungsmarkt, Stadtplanung oder weiteren gesellschaftlich relevanten Themen zur Diskussion stellen. Organisiert wird die Veranstaltung durch das KTH Institute of Technology, Stockholm. Weitere Informationen: www.zew.de/VA3597

Jubiläumsveranstaltung 30 Jahre ZEW

Das ZEW Mannheim feiert dieses Jahr seinen 30. Geburtstag. Im Rahmen des Jubiläums findet am 8. November 2021 eine Festveranstaltung mit Podiumsdiskussion statt. Bei der Diskussion liegt ein Fokus auf den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen nach der Bundestagswahl und welchen Beitrag Wirtschaftsforschungsinstitute dabei leisten können. An der Paneldiskussion teilnehmen werden: Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro (Centre for Economic Policy Research, London), Dr. Guntram Wolff (Brussels European and Global Economic Laboratory, Brüssel) und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.



Versorgungssicherheit im Strommarkt gewährleisten

Die Stromversorgung in Deutschland ist eine der sichersten weltweit. Im Jahr 2018 betrug der durchschnittliche jährliche Stromausfall lediglich 14 Minuten, was ein Spitzenwert in Europa ist.

Der starke Ausbau der erneuerbaren Energien stellt allerdings neue Anforderungen an die Versorgungssicherheit im Strommarkt. Langfristige Terminverträge könnten helfen, diesen zu begegnen.

Bis zum Jahr 2030 sollen erneuerbare Energien rund zwei Drittel des deutschen Stromverbrauchs ausmachen. Es besteht Grund zur Sorge, dass Stromausfälle zunehmen, wenn der Ausstieg aus Kohlestrom und Kernkraft vollzogen ist und vermehrt Wind- und Solarstrom eingesetzt werden. Denn ein Großteil der erneuerbaren Energien ist nur eingeschränkt steuerbar. Was geschieht, wenn einmal ein paar Tage lang der Himmel bewölkt ist und kaum Wind weht? Dieser Aspekt der Versorgungssicherheit wird neben dem Ausbau der Wind- und Solarkraftwerke und dem Netzausbau eine zunehmend wichtige Rolle in der Energiepolitik einnehmen.

In ihren Wahlprogrammen sind sich die Parteien weitgehend einig, dass ein großer Anstieg beim Strombedarf zu erwarten ist, wenn zukünftig etwa mehr Fahrzeuge elektrisch angetrieben werden. Diesem Anstieg wollen die Parteien mit einem starken Zubau bei den erneuerbaren Energien und einer Erweiterung der Stromnetze begegnen. Zur Sicherstellung der durchgehenden Versorgung setzen sie auf Speicher und dabei insbesondere auf Wasserstoff. Allerdings existieren diese Technologien zur Versorgungssicherheit bisher nur eingeschränkt oder sind von der Marktreife weit entfernt.

Versorgungssicherheit sollte jedoch aus dem Markt heraus entstehen. Der Gestaltung der Marktregeln kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Mit einem geeigneten Marktdesign lassen sich Anreize für den Ausbau von Kapazitäten zur Energieerzeugung und die Wahl der Technologien setzen, die dann zum Tragen kommen, wenn das Stromnetz überlastet ist. Während vie-

le Länder, unter anderem Frankreich und England, zusätzlich zum Strommarkt einen Kapazitätsmarkt eingeführt haben, um ausreichend und verlässliche Erzeugungskapazität zu haben, hat sich die Bundesregierung für einen sogenannten Energy-Only-Markt entschieden: Erzeuger verkaufen ihren Strom auf dem bundesweiten Markt – unter Knappheit steigen die Preise. Antizipieren Unternehmen diese Phasen hoher Preise, investieren sie in neue Erzeugungskapazität. Gleichzeitig werden einige Kohlekraftwerke – obwohl vom Standardbetrieb ausgeschlossen – vorerst als Reserve behalten, um die Versorgungssicherheit zu wahren.

Ob ein Energy-Only-Markt ausreicht, um Versorgungssicherheit aus dem Markt heraus herzustellen, ist jedoch umstritten. In der Wissenschaft wird diskutiert, ob es auch möglich ist, Versorgungssicherheit über verpflichtende Terminverträge zu gewährleisten. Dazu würde neben den kurzfristigen Strommärkten ein regulierter Markt für standardisierte langfristige Terminverträge eingeführt. Erzeuger verpflichten sich Jahre vor dem Lieferzeitpunkt auf Bereitstellung einer bestimmten Strommenge. Diese deckt den Großteil des Strombedarfs am Lieferzeitpunkt ab. Kurzfristige Mengenanpassungen sowie Entscheidungen über Eigenproduktion oder Zukauf zur Erfüllung der langfristigen Verpflichtung erfolgen an den kurzfristigen Märkten. Durch die langfristigen Verträge erhalten Erzeuger eine höhere Mengen- und Erlössicherheit, die auch Voraussetzung für Investitionen ist, um die Versorgung zu garantieren.

Das Zieldreieck der Energiepolitik ist eine umweltschonende, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung. Um auch dem dritten Ziel gerecht zu werden, sollte der Einsatz verpflichtender Terminverträge und ihre Integration in den Energy-Only-Markt geprüft werden.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de
Ruprecht Hammerschmidt · Telefon +49 621 1235-132 · ruprecht.hammerschmidt@zew.de
Lisa Rath · Telefon +49 621 1235-316 · lisa.rath@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2021